



Baugewerbeverband Schleswig-Holstein. Wir machen das!

Baugewerbeverband warnt vor den fatalen Folgen einer Halbierung der Fördermittel für energetische Sanierung

Kiel, 29. Januar 2010 – Die im Entwurf des Bundeshaushalts 2010 vorgesehene Halbierung der Mittel für die Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung über die KfW hat der Baugewerbeverband Schleswig-Holstein als „Sparen am falschen Ende zu Lasten des Klimas und der Arbeitsplätze am Bau“ kritisiert. Die geplante Kürzung stehe eindeutig im Gegensatz zu der im Berliner Koalitionsvertrag angekündigten Intensivierung der energetischen Sanierung. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Georg Schareck fordert daher die Landesregierung auf, sich in Berlin dafür einzusetzen, dass die Förderung zumindest in unveränderter Höhe von 2,2 Milliarden Euro pro Jahr fortgesetzt wird.

„Im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, welche wirksame Unterstützung die KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung für die Erreichung der Klimaschutzziele leisten“, erläutert Schareck. Mit bundesweit fast 550.000 Wohneinheiten sei das Sanierungsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent gesteigert worden. Die deutschen Klimaziele könnten nur durch eine Beschleunigung des Sanierungstempos erreicht werden, da etwa 40 Prozent der CO₂-Emissionen allein durch den Gebäudebestand verursacht werden.

„Kluges Sparen ist das Gebot der Stunde“, betont Schareck. Richtig sei aber auch, vorrangig bei konsumtiven Ausgaben und nicht bei investiven Ausgaben zu sparen, die wie die KfW-Förderung in erheblichem Maße auch privates Kapital aktivierten. Schareck: „Unklug ist die Streichung auch mit Blick auf die öffentlichen Finanzen. Durch die Förderung sind allein im vergangenen Jahr bundesweit Investitionen in Höhe von 17 Milliarden Euro angestoßen worden, ein Vielfaches der Förderung und erhebliche Steuereinnahmen zugunsten der öffentlichen Haushalte.“ Das sichere die Existenz von Betrieben und Arbeitsplätzen in der Bau- und Ausbauwirtschaft. In Schleswig-Holstein betrage der investive Anteil am Umsatz der Hochbau-Maßnahmen etwa 70 Prozent und trage erheblich dazu bei, weitere Einbrüche in der Bauwirtschaft zu vermeiden. „Offenbar hat niemand aus den fatalen Folgen der Streichung der früheren Eigenheimzulage gelernt“, so Schareck weiter. „Man hat schon damals die Bauwirtschaft ohne Not im privaten Wohnungsbau im Stich gelassen und die herben Einbrüche auf allen Ebenen, auch der öffentlichen Einnahmen, in Kauf genommen.“

Da wirtschaftliche Entwicklungen in der Bauwirtschaft erst deutlich verzögert stattfinden, befürchtet Schareck, dass die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise das schleswig-holsteinische Baugewerbe erst 2011 treffen könnte. Dies sei vor allem auch deshalb Anlass zur Sorge, da die Konjunkturpakete, die den Bau derzeit noch stützten, Ende dieses Jahres auslaufen werden. „Daher sollte nun nicht auch noch der Wohnungsbau durch eine Kürzung der KfW-Programme zur energetischen Gebäudesanierung geschwächt werden“, so Schareck. Vielmehr sei es notwendig, den Ersatzbau (Abriss von nicht mehr sanierungsfähigen Gebäuden und Neubau an gleicher Stelle) mit in die Förderung der Gebäudesanierung aufzunehmen und das Fördervolumen sogar gegebenenfalls entsprechend aufzustocken.

Hauptgeschäftsführer: Georg Schareck, Hopfenstr. 2e, 24114 Kiel

Tel.: 04 31/53 54 7-0, Fax: 04 31/53 54 7-77, E-Mail: presse@bau-sh.de

Verantwortlich für Pressearbeit: Uwe J. Tönningens, Tel.: +49 4161/80050

